

Die Germania (Zentrum):

„Es scheint uns, daß nicht alles als absolut notwendig angesehen werden kann, was gefordert wird. Wo gespart werden kann, muß gespart werden, und insbesondere sind ungernaps der neuen großen Ansprüche an die Opferwilligkeit des deutschen Volkes Ausgaben unbedingt zu vermeiden.“

Die größte Schwierigkeit wäre aber nicht sowohl die Haushaltsvorlage, als vielmehr das Blatt der Bedeutung vorzulagen. Auch der einmalige außerordentliche „Haushalt“ wird bezüglich der vorgelegten Ausgestaltung vielfach demängelt werden.

Was die Tatschung der vorliegenden Haushaltssatzungen betrifft, so können wir nur unserer Verpflichtung darüber zu dienen geben, daß die neuen Seiten nicht durch indirekte, den Ausbau treffende Elementen den breiten Massen des Volkes, sondern den bestehenden Massen auferlegt werden sollen, und daß bei der allgemeinen Beurtheilung zugleich der föderative Charakter des Reichs als eines Bundesstaates gewahrt werden soll, wobei zugleich eine bessere Verteilung der Haushaltserlöse nach dem Vermögen und der Verpflichtungsfähigkeit der Einzelstaaten in Betracht kommt.“

Österr. Volkszeitung (Zentrum):

„Vorbereitet man dieses Steuerbudget im ganzen wie im einzelnen, so ist nicht zu verleugnen, daß dem Reiche in der Tat schwerer Opfer auferlegt werden. ... Und obgleich nach der Reicht auch noch zwei wichtige gesetzliche Erbteilung des Staates, das freilich auf jede kleinere grundäugische Siedlung hält, in Anspruch genommen. Der Grundgedanke, vor allem den Reicht zu diesen ungewöhnlichen Opfern für die Sicherheit des Friedens heranzuziehen, ist jedenfalls nicht zu verleugnen, wenn auch die Ausführung im einzelnen nicht so offensichtlich erscheint. Es wird Zugabe des Reichssteuern, den einzelnen einwandfrei ohne Anderung zu bringen, dabei auch vernünftige Harten und bedeutsame Eingriffe in das Privatleben und Familienleben nach Möglichkeit auszuüben.“

Tasselle Blatt in einem anderen Artikel:

„Wenn die Parteien bei diesem Werke politische Geschäfte und den politischen Nationalkampf zurückstellen im Interesse des Vaterlandes, dann wird die Arbeit schnell vorangetrieben, selbst wenn das eine oder andere Land aus den Vorlagen über vielleicht ein ganzes Geschäftsjahr verzweifeln oder abgelenkt werden muß, wenn neue Vorlagen an ihre Stelle der eingeschrittenen gelegt werden sollten. Das Zentrum wird, wie 1909 bei der großen Reichsfinanzreform, im höchsten Interesse und mit Einigung seiner ganzen Stärken und Arbeitskraft mittheilen am Zustandekommen des großen nationalen Werkes zur Sicherheit und Stärkung unserer Wehr, nicht blind für die Schwächen der Vorlagen, aber auch nicht schematisch durch politische Nebenabsichten und die Lust am unfairsten Querstreiten.“

Die Preußische Zeitung (Fortschrittliche Volkspartei):

„Indessen über die Haushaltvorlage mitamt der Schlußung der Präsidenten wird später ausführlich zu sprechen sein. Die gegenüber kann es nur einen Standpunkt geben: Bewilligung alles Notwendigen, Streichung alles Entbehrlichen. Was das Reich zu seiner Wehrhaftigkeit braucht, will von allen Bürgerlichen Parteien genehmigt werden.“

Den kürzesten Eindruck macht der Bericht auf die Einführung einer Bevölkerung durch das Reich und seine Abbindung zugunsten der Einzelstaaten. Das ist ein Triumph des Patriarcalismus und des Agrarientums. Das Reich wird wieder Königanger bei den Einzelstaaten; sie erinnern es mit „verdeutlichten“ Patriarchalverträgen. Wie diese Vereinbarung erfolgt, soll Sache der Landesregierung sein. Sie kann die Patriarchalverträge durch Steuern vom Vermögen, vom Einkommen, von Erbschaften erheben nach eigenem Schaffen; denn daß der Reichsstaat etwa zum preußischen Ministerpräsidenten oder auch dem bayerischen vorstelle, die dortige Steuer ist gar keine Bevölkerung, das ist mehr als kindlicher, ist ein kindlicher Gedanke. Und die Vermögenszinssteuer, die sich vor höchst zwecklosem Wert, kann als Propan für den Fall, daß die „Bevölkerer“ nicht 1916 im Einzelstaat zuhande kommen, allenfalls in Niedersachsen einen anders als heimlichen Eindruck machen. Im Verein wird das Treitkassenparlament schon eine „Bevölkerer“ schaffen, die sich sehen lassen kann, aber dem länderlichen Grundbesitz nicht wehe tut. Siehe § 11 des Ergänzungsgesetzes.“

Das Berliner Tageblatt (linksliberal):

„Man wußte ungefähr, was kommen sollte, und trotzdem ist der erste Urteil der Regierungshörerungen der einer atemlosen Enttäuschung folgt. Dem deutschen Volk werden geradezu ungemein niedrige Opfer an Gut und Nutzen, an Menschen und Steuern zugemutet. Begünstigt der neuen Haushaltssatzung verhindert alles, was bisher auf einen Hieb den tragischen deutschen Schultern zugemutet wurde. Rüst Wissmar hat in zwanzig Jahren einer nicht unfruchtbaren auswärtigen Politik sich mit einer Vermehrung des sechsten Heeres um etwa 70 000 Mann beschäftigt. Durch die heile Vorlage soll das stehende Heer mit einem Total um 136 000 Mann an Mannschaften, Offizieren und Unteroffizieren erhöht werden.“

Der Reichstag wird sich unter keinen Umständen seiner Pflicht und Schuldigkeit unterlegen dürfen, die Haushaltvorlage einer fehlerhaften Nachprüfung auf ihre Notwendigkeit zu unterwerfen. Mit Zurückhaltung ist hier nichts anzufangen. Das Volk hat ein Recht, zu wissen, wenn es schon von neuem opfern soll, warum und wo für es opfert.“

Wird man bei der Haushaltssatzung über das letzte Ja und Nein, über Maß und Art der Ansprüche noch Zurückhaltung zu üben haben, so kommt man bei den Vorlagen über die Bevölkerungssatzung zu einem Ergebnis. Sie sind, so wie sie sind, für jeden Staatsbürger, der sich zu den Grundzügen der staatenlichen Gerechtsamkeit und zum Reichsgebiet bekennt, einfach unannehmbar. Schon daß nicht der geringste Versuch gemacht wird, bei dieser Gelegenheit die schwierigen Sünden der Finanzreform von 1909 wieder gut zu machen, muß peinlich berühren.“

Die Berliner Volkszeitung (demokratisch):

„... Und das Urteil über diese Vorschläge? Es muß verhältnismäßig laufen. Einmal Büßgeldes, Kompromisse, Zusammengekommenes als diese Haushaltssatzung ist einer gesetzgebenden Macht noch niemals vorgelegt worden. Und so steht die Stunde an diesem trostlosen Werke, an dieser Spottgarbe von Schwäche und Verlegenheit? Die bündespolitische Zusammenarbeit des Deutschen Reiches, die Parteiverhältnisse im deutschen Reichstag, das größte Teile aber die politische Taktik des Reichsfinanziers!“

Herr v. Bethmann-Hollweg hat es sich und den Regierungen der beiden Einzelstaaten zugeschworen, nie mehr ein größeres Werk der Regierung mit der Linke gegen die Rechte zu gestalten zu bringen. Die Verlassung für das Reichsamt, die er gegen den Ministerpräsidenten mit der Unterstützung der Sozialdemokratie verwarf, hat es ihm in dieser Beziehung angetan. Diese Schöpfung beruhet ihm aus bekannter Gründen noch jetzt keinerlei und niemand will es wieder solche Wege wandeln. Rechte und Linke können ihn hützen, gefügt will er oder nicht werden, und so erhält er alles Regierungsbefehl nur im Zusammenhang mit den Blauarmierten. Mit einem Starrum, der keinen Gegenstand gelten läßt, hält er an dieser Aufstellung fest, und das beständige Ergebnis dieser Weisheit sind die jetzt in ihrem ganzen Ausmaße veröffentlichten Haushaltssatzungen.“

Sie sind nicht ein Kommt-womit, sie stellen Hunderte von Kompromissen dar, und aus jeder Seite spricht, wenn man von dem Gewicht des Staates absieht, das ebenfalls eingeführt werden soll, die slawische Aussicht auf die Konkurrenz und das Zentrum. Nur ihnen nicht wehe tun!“

Die Frankfurter Zeitung (demokratisch):

„Dies ist die neueste Finanzreform der Reichsregierung. Was an ihr grob zu sein scheint, ist — abgesehen von der Unzulänglichkeit der Ziffer — Trug, aber east ist die unverhohlene Bestimmung, die sich den Geboten des Agrarier in allem Besonderlichen hält. Wir vermissen bei der Regierung jedes Verhältnis für die Unzulänglichkeit dessen, was sie mit den Schwerpunkten wie mit den Steuergesetzen dem Volk zusammensetzt. Aber wir sind überzeugt, daß das Volk, wenn es die gegenwärtige Umstellung der Gewalt hat, die Regierung und den Chancenreichen diese Bedeutung behaupten wird. Was uns anlangt, so halten wir es für einen verbürgniswollen Test der Männer, daß er den Haushaltssatzung dieser Monate so widerstandlos nadagegeben und ihn zum guten Teil selbst mit herausbeschworen hat. Er hat damit seine Fände einen Raum wieder gezwangenen Gaben zugesetzt. Der Schaden wird verhülf durch die hilflose Regelung der Haushaltfrage. An diesen Haushaltssatzungen mißt ihrer Umgebung die dringendsten finanzpolitischen Probleme nach die Linke unter keinen Umständen mischquidig werden.“

Frankfurter Neuerungen.

Paris, 20. März.

Die Autorität schreibt: Wir können keine 900 000 Mann unter den Waffen haben. Dieselben Schwerpunkte, die Deutschland wollen, seine Kräfte zu erhöhen, zwingen auch uns, dasselbe zu tun, und deshalb bedürfen wir unbedingt der dreijährigen Rentenlast ohne jeden Übergang. Gegenwärtig stehen wir in dem Verhältnis von 7 zu 9. Der Mainz sagt: 100 000 Mann jenseits des Rheins zu wissen gebietet, und mit dieser Forderung gerechnet mehr denn je zu befürchten.“

Kantès äußert sich in der „Humanité“ wiederum sehr abschlägig über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich. Er sagt: Wenn wir an, daß das Recht über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ohne jede Streitfrage und Aenderung in der von der Regierung gewünschten Form angenommen wird, so wird es untere Etatfläche um 180 000 Mann erhöhen. Die deutsche Etatfläche wird also immerhin noch viel mehr betragen. Die Wehrschafftswärte bei uns besteht jedoch nur auf dem Papier, während sie bei den Deutschen in der Kavallerie ist, und das bedeutet für uns doch nur einen elenden Zusammenbruch. Daraus tritt für die allgemeine Volksbewaffnung und Völkerbefriedigung ein.“

Deutsches Reich.**Der „Überpatriotismus“ des Zentrums**

wird in der neuesten Nummer der antiliberalen Kölner Korrespondenz unter die Lupe genommen. Die Korrespondenz warnt vor einer „Überspannung der nationalen Gefühle, die der Nationalismus über den Katholizismus stellt“. Aus jener entsteht „eine lächerliche, abstoßende Deutsche Führer für alle“ und die man in den Kreisen der Kölner Richtung so oft antrifft, und die sich so unangenehm urtheilen gegenüber den Katholiken anderer Nationen hinsetzen läßt. Am althergebrachten Ende des Artikels der Kölner Korrespondenz heißt es: „Die Katholische Mischung ist in jüngster Zeit an „Patriotismus“ nicht mehr zu übertreffen. Es soll der Regierung durchaus bewiesen werden, daß das Reich unter solider Regie außerordentlich glücklich ist und deshalb bei Vergedung quälender Stellungen und sonstiger Vorworte ein Anrecht auf besondere Verstärkung hat. Diesen Beweis sucht man in doppelter Weise zu erbringen: erstens bemüht man sich, das Zentrum als eine Partei hinzustellen, die mit den katholischen Grundlagen prinzipiell aber auch gar nichts zu tun habe und sogar den „Einstieg“ mit diesen Grundlagen nicht zu wagen brauche. Dadurch soll ein alter Vorwurf der Regierung gegen die „ultramontane Partei“ ausgeräumt werden. Zweitens zeigt man der Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß man bereit ist, mit ihr durch das Zoll- und Dünne zu gehen und im Bewilligungs-patriotismus jeden Erford zu schlagen.“

Das katholische Volk, welches von der Auseinandersetzung der immer noch mächtigen gegen die Regierung ist, will das Heraufgelöste nicht recht mitmachen und bedarf von Zeit zu Zeit der erneutigen Versicherung, daß im Zentrum das alte Oppositionsfeuer noch lebt. Daher der auf Kölner Seite geradezu komisch anmutende „Selbsturrimus“, der auf positiven Resultaten nichts, aber auch gar nichts zutage gefördert hat. Daher kennt das erste Kriegsministerium beim Erstellen der jüngsten Haushaltssatzung die katholischen Grundlagen der jüngsten Haushaltssatzung. Wie solidarisiert diese Komödie, als der Börsengang gerade in die Höhe ging. Die ersten drei Alte haben sich nach unserer Voransage glatt abgewollt, der vierte steht noch aus, aber die Annahme des Haushaltssatzung durch das Zentrum ist gesichert. Wir glauben, daß sie schon damals gesichert war, als Herr Julius Vadius im vorigen Jahr dem Herrn Reichskanzler seine Auswartung machen durfte.“

Sowohl die Charakteristik des Zentrums durch die katholische Kölner Korrespondenz, wenn Sozialdemokraten das Zentrum zu kritisieren hätten, auch wieder in seinem jetzigen Verhalten zur Militärvorlage, die kritik könnte nicht schärfer und treffender ausfallen. Und sie kennt sie auch, für jeden Staatsbürger, der sich zu den Grundzügen der staatenlichen Gerechtsamkeit und zum Reichsgebiet bekennt, einfach unannehmbar. Schon daß nicht der geringste Versuch gemacht wird, bei dieser Gelegenheit die schwierigen Sünden der Finanzreform von 1909 wieder gut zu machen, muß peinlich berühren.“

Schönheit nach kleinen Garnisonen.

Die Germania kommt noch einmal auf die Verhandlungen des Reichstags über den konservativen Initiativvortrag zurück, der die Vermehrung der kleinen Garnisonen forderte. Das ultramontane Blatt legt der Hausesverwaltung nahe, den Wünschen der Konseriativen entgegenzutun, und zwar sowohl aus politischen wie auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Angeblich soll das vom Lande gelieferte Material das denkbare beste sein, und schon das rechtfertigt angeblich das konseriative Verlangen. Außerdem soll die Verpflichtung der Truppen, in den kleinen Garnisonen sich erheblich billiger stellen, weil alles an Ort und Stelle eingekauft werden könnte. Vielleicht erklärt sich die Germania lediglich einmal bei der Verwaltung eines Provinzials, welche Erfahrungen man dort mit dem direkten Einsatz bei den Landwirten gemacht hat. Diese Erfahrungen sind so, daß die Hausesverwaltung davon abgesehen ist und nur während der Mandat, im Notfalle, sich bereit erklärt hat, die von den Agrarier geforderten hohen Preise zu bezahlen. Die Schönheit der Agrarier nach kleinen Garnisonen resultiert auch hauptsächlich aus dem Wunsch, zahlungsfähige Rüste in der Nähe zu haben. — Um der konserativen-ultramontanen Forderung aber noch einen besonderen Nachdruck zu verleihen, schwenkt die Germania den roten Lappen, indem sie darauf hinweist, daß die ländlichen Rekruten in den Großstädten sozialdemokratisch infiziert werden, um dann, in die Heimat zurückgekehrt, die anderen jungen Leute zu verderben. Die

Germania bringt diese Auslassungen offenbar im Hintergrund auf die bevorstehende Militärvorlage, und die katholischen Männer haben offenbar die Absicht, die Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen und sich für die Bewilligung der Militärvorlage eine Anzahl kleiner Garnisonen versprechen zu lassen.

Eine Gesetzesnovelle zur Bekämpfung der Schundliteratur. Wie mehrere Blätter melden, haben gegenwärtig Verbändungen zwischen den zuständigen Ministerien statt, die sich im wesentlichen auf eine Ergänzung der §§ 66 und 42a der Gewerbeordnung beziehen. Es handelt sich zunächst darum, durch entsprechende Bestimmungen geschicklich festzulegen, daß nicht nur die Kolportage und Verkauf von Erzeugnissen der Schundliteratur im Umlauf zu verhindern ist, und daß sie auf öffentlichen Plätzen und Straßen nicht gehalten werden, was bereits die Gewerbeordnung bestimmt, sondern daß auch eine Ausstellung bestätigter Erzeugnisse in den Kaufhäusern und Läden verboten wird.

Um Grundlagen für gelegescheide Strafmaßnahmen zu erhalten, hat sich die Reichsregierung an die Bundesstaaten gewandt, deren Reaktionen überwiegend dahin gingen, daß ein höheres Einschreiten Herr werden könnte. Diese liegen auch in einer genaueren Definition des Begriffes „Schundliteratur“, da die Grenzen zwischen dieser und anderer Literatur schwer zu ziehen sind. Weiter wurde aus der Geschwagern am vertraglichen Druckmaß für mindestens vier Jahre erachtet, und ferner sollten die Strafenstrafen aufgezogen werden, um die Verhinderung zu verstetigen. Es ist anzunehmen, daß die Verträge zwischen den Ministerien dahin führen werden, daß im Laufe des Winters ein Gesetzesentwurf dem Parlament zur Durchsetzung zugeht. Unter den Vorstellungen, die für eine Bekämpfung der Schundliteratur empfohlen wurden, befand sich auch der Errichtung eines besondern Sachverständigenzuges.

Dem Völkerlichen Landtag ist ein Gesetzesentwurf über die staatliche Gewerbesteuer zugegangen, der die Steuerart als Staatssteuer bestellt; ihre Erhebung aber auf eine neue Grundlage stellt. Richtigend für die Höhe der Steuer soll der Jahresertrag des Reichs sein. Die Steuer beginnt bei 1500 gg. Jahresertrag mit 9% und beläuft die kleinen Gewerbetreibenden mit 1%, Proz. Die größeren mit 5%, Proz. Ihres Einkommens. Der Gesetzesentwurf zeichnet sich dadurch, unterscheidet aus, daß in ihm dem Geschäft der „Metzgerländer“ höher entsprochen wird, als die königlichen Vereine unter einer höchst ungerechten Aufnahmesteuer gestellt werden. Während die übrigen Steuerpflichtigen nach ihren Jahreserträgen steuern sollen, wird bestimmt, den königlichen Vereinen diese Steuersteuer als Nullsteuer 12 Proz. des Umsatzes aufzuhallen.

Die „nationalistischen“ Agrarier. Der landwirtschaftliche Zentralverein Königsberg nahm folgenden Antrag an: „Zentralverein wolle an zuständiger Stelle dahin vorstellen, daß — um dem immer größer werdenden Arbeitsmangel abzuheben — mehr als bisher Rückwanderer in Ostpreußen angezogen werden und daß aus den russischen Litauern, den Ruthenern und Südmärkern eine ähnliche Menge unter einer höchst ungerechten Aufnahmesteuer gestellt werden. Während die übrigen Steuerpflichtigen nach ihren Jahreserträgen steuern sollen, wird bestimmt, den königlichen Vereinen diese Steuersteuer als Nullsteuer 12 Proz. des Umsatzes aufzuhallen.“

Auf einer Seite bekämpft man mit allen Mitteln die Polen in Preußen, man gibt zur „Fürsorge des Deutstum“ in den „national vertriebenen“ Provinzen viele Millionen Mark aus, und auf der anderen Seite erstickt man die dauernde Niederlage von Russland, um zu billigen und willigen Russen zu kommen. Die „nationale Politik“ unserer Agrarier!

Ausland.**Deutschland.**

Das Amnestiegeliege.

Paris, 20. März. Die Deputiertenkammer hat das ganze Amnestiegeliege mit 41 gegen 96 Stimmen angenommen. Die Regierung hat zugestellt, bei den Eisenbahngesellschaften wegen Widerruf der entlassenen Eisenbahner vorstellig zu werden und im eingegangenen Weise die Anwaltschaft der wegen Beteiligung an dem Sonderfall bestrafsten Leute nadzuprüfen. — Kammer und Senat haben sich bis zum 6. Mai verlängert.

Der Kampf um die Tschataldschalline.

Das alte Spiel geht weiter: Die Verbündeten wollen von ihren Forderungen nicht lassen und die Türkei will nicht über ihre Zugeständnisse hinausgehen. Vor allem leidet sie es, eine Abriegelungsfähigkeit zu zahlen, und der türkische Ministrerrat hat sich bereits für die Fortsetzung des Krieges ausgesprochen, da die Tschataldschalline von der Pforte für uneinnehmbar gehalten wird. Die Bulgaren dagegen gedenken jetzt auch den letzten türkischen Wall zu stürmen und transporieren Truppen und Belagerungsgeschütze von Adrianopel nach Tschataldschalline.

In den letzten Kämpfen im Südosten sind die Türken erfolgreich gewesen. Aber wie, wenn die Bulgaren jetzt nach dem Fall Adrianopels ihre gesamte Heeresmasse da unten konzentrieren? Wenn der Tschataldschallinwall gefürchtet wird steht den Siegern der Weg nach Konstantinopel offen.

Über die letzten Kämpfe wird gemeldet:

Konstantinopel, 20. März. (Mittlicher Kriegsbericht.) Gestern wurden an einigen Punkten der Tschataldschalline Stachenhäuser geworfen. In der Nacht hatte der Feind eine vorgeschobene Stellung westlich von Süßul Tschataldschalline angegriffen, und ein türkisches Battalion, das sich dort befand, war zurückgewichen; infolge eines bei Tagesanbruch von dem linken türkischen Flügel mit Unterstützung der griechischen Gegengräben wurde der Feind aber zurückgeworfen.

Private Meldungen der Blätter stellen die gestrigen Kämpfe bei Tschataldschalline als eine große Schlacht dar. Die türkischen Truppen unternahmen, nachdem sie den bulgarischen Angriff zurückgeworfen hatten, einen Ausfall, wobei die Flotte die Truppen bei rechten und dem linken Flügel unterstützte. Der Artilleriekampf dauerte auf der ganzen Linie, insbesondere in der Nähe des Dorfes, an. Türkische Artillerie überlegte die bulgarischen Stellungen. Gestern früh erschien ein bulgarischer Artilleriekanon an der Küste bei Gallatia, wußte sich jedoch infolge des türkischen Gewehrfeuers wieder entfernen. Heute gegen Mittag lieferte eine türkische Kolonne feindlichen Abteilungen die eine vorgeschobene Stellung auf der Westseite von Süßul Tschataldschalline, einen Kampf. Die feindlichen Streitkräfte wurden in die Flucht gejagt und die Position von den Türken genommen. Der Feind erlitt beträchtliche Verluste. Nach Angaben bulgarischer Gefangener und nach ihren Uniformabzeichen gehörten die feindlichen Truppen, die an diesem Kampf teilnahmen, der 1. und 6. Division an.

Ein weiterer Verbündetentransport ist gestern aus Tschataldschalline eingetroffen. Die Blätter melden, daß auch bulgarische Offiziere, darunter zwei Offiziere, angelangt sind.

Der Janin weiß die neuen Forderungen Bulgariens zurück und erklärt: Die Kreisgasse der Linie Karaghasch—Küste Burgas-Pisa hieße, dem Feinde freie Bahn nach Konstantinopel gewähren.

Oeffentl. politische Versammlungen.

Dienstag den 1. April, abends 9 Uhr

Große Volks-Versammlungen

4. Kreis: Reichskrone, Bischofsweg; Deutscher Kaiser, Pieschen.

5. Kreis: Kristallpalast, Schäferstraße.

6. Kreis: Münzenhalle, Löbtau; Hammers Hotel, Striesen; Gasthof Briesnitz; Gasthof Leuben; Goldner Löwe, Pötschappel; Wagner's Gasthof, Deuben.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:

Neue Heeresforderungen – Neue Volksbelastungen!

Referenten: Reichstagsabgeordnete **Fischer**, Briesnitz; Dr. **Gradnauer**, Dresden; **Horn**, Lindenau; **Jäckel** und **Krätzig**, Berlin; **Kaden**, Dresden; **Schmidt**, Meißen, und Landtagsabgeordnete **Riem** und **Fleissner**, Dresden.

Massenhafte Beteiligung der Dresdner Einwohnerschaft in diesen Versammlungen erwarten

Die Einberüster: Robert Wirth, Helgolandstraße 10; Bernhard Jungnickel, Löbauer Straße 58; Max Hartwig, Lübeder Straße 11.

**IV. Kreis.
Gruppe Rähnitz**

Die nächste Gruppen-
sitzung findet Umstände
halber erst Dienstag den
8. April statt. [V 10]

Die Gruppenleitung.

Frühe Saatkaroffeln
Stiel. Speisekaroffeln, gelbstielich.
Saatkaroffeln s. ganz u. eins ab-
zug. Ofters-Märkte 21. Karlsfelder

Deutsch. Bauarbeiterverband Sektion der Betonbranche.

Dienstag den 1. April, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im kleinen Saal des Volkshauses, Auguststraße 18, 1.

Tage 8.-Ordnung:

Die bevorstehenden Tarifverhandlungen.

Nicht zahlreichen Besuch erwartet

[V 81]

Der Vorstand.

Freie Vereinigung von Krankenkassen

im amtskommunalschaftlichen Bezirk Dippoldiswalde.

Sonntag den 8. April, nachmittags 2 Uhr

Versammlung

im Schützenhaus in Dippoldiswalde. [K 881]

Orts-Krankenkasse Dippoldiswalde.

Erstes Kulmbacher

Trinkt die gehaltreichen und wohlbekömmlichen

Dresdner Felsenkeller-Biere.

L 1045

Beginn neuer Kurse.

Englisch Anfangskurs für Kinder: den 2. April, 4 Uhr
Abendkurs für Küklinge: den 3. April, 8 $\frac{1}{2}$.
Anfangskurs für Kinder: den 5. April, 4 Uhr
Abendkurs für Küklinge: den 6. April, 7 $\frac{1}{2}$.
Vierteljährlich 5 Mark. [B 604]

Helene Reichelt, Luisenstrasse 22, III.

Bezirk Loschwitz.

Die Gruppen-
sitzung findet
diese Woche nicht Dienstag den
1. April, sondern Donnerstag
den 3. April statt.
[V 10] Die Bezirksleitung.

Turnverein Zschornewitz.

folgende Summen der Abteilungs-
scheine wurden ausgelöst: Nr. 46,
28 a 30 R., Nr. 52, 106 a 15 R.

Dem gebrüderen Suditum von
Dresden-Pl. zur gesl. Amtshilfe,
dah. ich mein. [B 690]

Flisch- u. Wurstwaren-Geschäft
am 1. April von Königsbrüder
Straße 72 nach Friedens-
straße 18 verlage. Ich bitte
die gebrüderen Einwohner, mein neues
Unternehmen gütigst unterstützen
zu wollen. Echtigungsvoll
Heinrich Lindner nebst Frau.

Weber, Altepp.-Gartwaren,
Wickelsell., Kindergesch., Bill.
zu verkaufen. Sittengasse 8, Post.



Hutblumen

das koste, das kostet
am billigsten immer bei

Hesse, Ecke 10/12.

[L 1004]

am 1. April übernommen haben.

Wir bitten, dass unser Vorgänger bewiesen hat, dass wir
auf uns zu übertragen und werden wir bestrebt sein, alle
unseren werten Gäste mit nur besten Speisen und Getränken
zu bewirten. [B 685]

Hochachtungsvoll Heinrich Janssen u. Frau.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Max Gack, Dresden-Alstadt.

Verantwortlich für den Unterhalteteil:

Reinhold Gichter, Dresden.

Druck und Verlag: Faber & Comp., Dresden.

Sarrasani

Telephon 17760 und 17812

Dienstag, 1. April, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

Gala-Abend

Novitäten!

Vorverkauf: An der Circuskasse [L 1004]
im Warenhaus Hermann Herzfeld
in den Zigarrengeschäften von L. Wolf.

Geschäfts-Uebernahme.

Hiermit befreie wir uns mitzutun, bis wir das

Restaur. Radeberger Hof

Radeberger Straße 52

am 1. April übernommen haben.

Wir bitten, dass unser Vorgänger bewiesen hat, dass wir
auf uns zu übertragen und werden wir bestrebt sein, alle
unseren werten Gäste mit nur besten Speisen und Getränken
zu bewirten. [B 685]

Hochachtungsvoll Heinrich Janssen u. Frau.

Protestiert gegen den Rüstungswahn! Agitiert für die Protestversammlungen!

Sächsische Angelegenheiten.

Was besteht in Sachen zu Recht?

Nach § 65 der revidierten Landgemeindeordnung ist zur Sitzung gültiger Beschlüsse in den Gemeindesälen die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder notwendig. Diese gesetzliche Bestimmung ist so klar und deutlich, daß sie einer Interpretation nicht bedarf, und doch machen die Behörden die Klarheit nicht selten zweifelhaft. Ein solcher Fall hat sich jetzt wieder in Reichenbrand abgespielt. Dort trug man sich mit dem Gedanken, das Gemeindewahlrecht zu ändern. Als die Angelegenheit im Gemeindesäleum zur Sprache kam, wurde sie einstimmig abgelehnt. Die Befürworter einer Änderung hatten jedoch keine Ruhe und der Antrag wurde am 27. September 1912 erneut verhandelt. Als es zur Abstimmung kam, waren jedoch nur 12 Gemeinderatsmitglieder anwegen, 2 fehlten entschuldigt und 5 verliehen die Sitzung, so daß die Zweidrittel-Mehrheit nicht vorhanden war. Wenige Tage darauf wurde im Amtsblatt bekanntgegeben, daß die Amtshauptmannschaft unter Mitwirkung des ihr beigeordneten Beauftragten des Gemeinderats aufgestellten dritten Antrag zum Ortsstatut für die Gemeinde Reichenbrand genehmigt habe. Man hatte also entgegen der gesetzlichen Bestimmung, daß bei Sitzung gültiger Beschlüsse zwei Drittel der Mitglieder anwesend sein müssen, einen Beschluss gefaßt. Darauf wandte sich ein Gemeinderatsmitglied beschwerdeführend an die Amtshauptmannschaft, schilderte die Vorgänge und bat, den ungefähr so gefassten Beschluss wieder aufzuheben. Ueber die Beschwerde entschied die Amtshauptmannschaft und teilte dem Beschwerdeührer mit, daß ihr die geschilderten Vorgänge bekannt gewesen seien. Sie erblickte aber in der Entfernung einiger Mitglieder des Gemeinderates aus dem Sitzungssaal eine Stimmenenthaltung; da die Mitglieder an der Beratung des Gegenstandes teilgenommen hätten, sei der Gemeinderat nicht beschlußfähig gewesen. Es habe also kein Grund vorgelegen, die erbetene Genehmigung in dem Nachtrag zu verlagen.

Mit dieser Entscheidung der Amtshauptmannschaft begnügte sich aber der Beschwerdeführer nicht, vielmehr wandte er sich an die Kreishauptmannschaft. Er wies darauf hin, daß es sich nicht um eine Stimmenenthaltung gehandelt habe; die fünf Personen hätten sich zur Zeit der Abstimmung schon längst nicht mehr im Sitzungssaal befunden. Sie hätten bereits 12 Uhr den Sitzungssaal verlassen und erst nach 12 Uhr in der Sitzungssäle gefaßt worden. Außerdem sei in einer vorhergehenden Sitzung schon einstimmig beschlossen worden, in einem Jahre Änderungen und Ergänzungen von Bestimmungen der revidierten Landgemeindeordnung nicht mehr vorzunehmen. Das sei auch die Veranlassung gewesen, den Sitzungssaal zu verlassen. Aber auch die Kreishauptmannschaft kam zu keinem andern Resultat als die Vorinstanz.

Ran wandte sich der Beschwerdeführer an das Ministerium des Innern. Diese Instanz gab nun folgende Antwort:

Das Ministerium des Innern hat auf die Eingabe des Gemeindesälers Reichenbrand vom 22. Dezember 1912 in Bezug der Stimmenabstimmung nichts zu verlieren, da ein Beschluss der absoluten Mehrheit des Gemeinderats zu Reichenbrand auf Einführung des dritten Kodizes zu dem Ortsstatut vom 26. September 1903 (offenbar ein Fehler, da es sich um einen Beschluss vom 27. September 1912 handelt. D. R.) vorliegt und die Frage, ob im Einzelnsalle in der Unterzahl der Gemeindevertreterin, die sich in der Verhandlung über einen Gegenstand der Tagesordnung beteiligt haben, fürg die Auslegungsfrage ist. Der Beschwerdeührer ist entsprechend zu entscheiden.

(geö) Böhnum.

Die "Auslegungsfrage" in Ehren, aber die Regierung müßte sich davon überzeugen, ob nicht die eine der ihr nachgeordneten Behörden so und die andere anders entscheidet. Tatsächlich ist es ein Fall bekannt, in dem die Amtshauptmannschaft Höhne genau das Gegenteil entschieden hat. Es handelte sich damals um eine Gemeinderatsbildung in Ebersdorf. Auch dort hatten sich die Vorgänge so abgespielt und die Gemeinderatsmitglieder hatten vor der Abstimmung das Votum verlassen. Die Amtshauptmannschaft hob die damals geäußerten Behörden so ungeschickt auf. Nun bleibt es der Regierung überlassen, diese beiden Entscheidungen mit einander¹ in Einklang zu bringen. Ihr unmöglich aber ist es zu halten, daß den Amtshauptmannschaften die Auslegungsfrage so ganz ohne weiteres überlassen bleibt. Welleidt wird auch dem Ministerium des Innern Gelegenheit gegeben werden, sich vor dem Forum des Landtages über diese Verhältnisartigkeiten zu äußern.

Bei dieser ganzen Angelegenheit hätte es nur eine gesetzliche Möglichkeit gegeben, die widerstreitigen Gemeindevertreter in einigen Fällen zu bringen, nämlich sie in Strafe zu nehmen. In anderen ähnlichen Fällen hat man ja auch bisher so gehandelt. Wenn anzunehmen ist doch nicht, daß man die Sache nur deshalb über's Ante drückt, weil es sich um Verschlechterung des Gemeindewahlrechts handelt.

Die volle Kompositionsschlüssel

Der Arbeiter erscheint wieder einmal an der Hand der vom höheren Reichstag in Galopp durchgepeitschten Reichsversicherungsordnung in besonderem Lichte. Die Witwe eines Arbeiters in Neugersdorf wohnhaft gewesenen, aber im sächsisch-böhmischem Grenzgebiet im November 1912 versicherten Arbeiters, der invalidenrenteberechtigt war, stellte bei der Landesversicherungsanstalt Unterricht auf Gewährung von Rassentrente für ihre drei unehelichen Kinder. Vor einiger Zeit ging nun von der Landesversicherungsanstalt folgender Brief ein:

Die Rassentrenteansprüche der Kinder des verstorbenen R. 1. Anna, 2. Helmut, 3. Gerhard, sind amerikanisch werden

(§ 1269 d. R.-V.-O.). Gebes der Benannten erhält seit dem Todesjahr des Vaters bis zur Vollendung des 16. Lebensjahrs eine Rente von 30,04 M. im Jahre betrugen. Da aber der Verstorbenen zu seinem Tode ausländisch war und die Hinterlassenen sich zur Zeit des Todes im Ausland aufhielten, so beschränkt sich der Rassentrenteanspruch auf die Hälfte der Bezüge ohne Reichszuschuß (§ 1268 d. R.-V.-O.). Hieraus beträgt die Rente 15,02 M. weniger 26 M. Reichszuschuß ist 5,04 M., geteilt durch zwei ist 2,52 M. im Jahre, aufgerundet auf 3 M. für ein Kind im Jahre.

Die Renten werden in Monatsbeträgen von je 25 Pf. zusammen 75 Pf. am 1. jedes Monats im voraus gezahlt werden.

Das Mittwagnel der Chefstaat beschreibt sich aus denselben Gründen auf die Hälfte der Bezüge ohne Reichszuschuß. Hieraus beträgt das Mittwagnel 72,67 M. weniger 50 M. Reichszuschuß, ist 22,67 M. durch zwei geteilt ist 11,33 M. aufgerundet 11,40 M. einsmal.

Die Unzulänglichkeit der Witwen- und Waisenrente muß nun doch auch selbst dem verbittertesten Arbeiterschein einleuchten oder aber er soll es einmal selbst praktisch ausprobieren, wie eine Witwe mit solchen Beträgen den hungrigen Kindermagen sättigen soll.

Der Bundesrat hat auf Grund von § 1268 der R.-V.-O. das Recht, die hier in Frage kommende Bestimmung für den Grenzbezirk aufzuheben. Die Regierung darf aber gar nicht daran. Im Gegenteil ist bekanntlich schon öfters Anmerkung dahin ergangen, dafür zu sorgen, daß die Invalidenrenten nicht ins "Ungemessene" steigen.

Eine Streikfassenmarke

stand in der Person des 41 Jahre alten, in Österreich geborenen Arbeiters Franz Ritschke vor dem Chemnitzer Landgericht. Er verblieb gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis, zu der ihn die Landgerichte Zwischen und Gera verurteilt haben. Dabei batte es sich um gemeinsame Beträgerien gehandelt, die er zum Schaden von Streikfassen ausgeführt hatte. Zwei solcher Fälle bildeten wiederum Gegenstand der Anklage. Dieser Mensch hat von Zeit zu Zeit davon gelebt, daß er Städte besuchte, wo gefreit wurde. Da stellte er sich den Streikposten und dem Streibureau vor mit der Angabe, er sei von einem bestreiten Fabrikanten mit einer Anzahl Kollegen zur Arbeit angenommen worden, sei aber bereit, die Arbeit nicht anzutreten und auch seine Kollegen wieder zur Abreise zu veranlassen, wenn er für sich und seine Kollegen das Reisegeld vom Streibureau erhalten würde, da sie sämtlich mittellos seien. Wie anderwärts, glückte ihm dieser Schwund sowohl in Geyer, als auch in Flöha und Neumersdorf bei Augustusburg. Man war nicht vorstichtig genug, sich die angeblichen Kollegen einzeln vorstellen zu lassen, sondern glaubte dem Gauner, denn in jedem dieser beiden Fälle befam er 20 R. bare Geld ausgebändigt. Er gab in der Verhandlung den Schwund ohne weiteres zu; er habe die falschen Vorstellungen lediglich gemacht, um auf leichte Weise zu dem Gelde zu kommen. Das Gericht erkannte unter Einschluß der obengenannten Strafe auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 5 Monaten im Gefängnis und 3 Jahre Ehrentreiberverlust; dem Bursche R. auf Buchhaus zu erkennen, damit die Strafzeit eine fürgere werde, kam das Gericht nicht nach.

Sozialdemokratisch und deshalb ungeeignet.

Im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A.-G. ist im vorigen Jahre ein Buch über Joh. Gottfried Seume erschienen, das von W. Häuselein bearbeitet wurde. Vor einiger Zeit ließ sich nun die Reaktion der Pädagogischen Jahresschau durch Vermittlung des Verlags V. G. Teubner ein Exemplar dieses Buches zur Besprechung aussuchen. Selbstverständlich wurde dieser Wunsch sofort und bereitwillig erfüllt. Nun wird es allgemein als eine literarische Ehrenpflicht betrachtet, daß eine Redaktion, die sich um eine Besprechungsmappe eines Buches bemüht, auch wirklich eine Besprechung liefert, gleichviel, wie die Besprechung ausfällt. Ganz anders denkt aber hierüber die Redaktion der Pädagogischen Jahresschau. Sie sandte das Buch nach längerer Zeit an den Teubnerschen Verlag zurück. Von hier aus gelangte es wieder an die Leipziger Buchdruckerei A.-G. mit dem Bemerkung: „Für Besprechung nicht geeignet.“

Ja, aber weswegen nicht. Der Verfasser des Buches hat darin neben den gesammelten Werken Seumes auch seine Meinung über Seume ausgedrückt. Sein gutes Recht. Jeder Schriftsteller behandelt den von ihm zu bearbeitenden Stoff individuell, d. h. wenn er ehrlich ist und etwas zu sagen weiß. Die Pädagogische Jahresschau scheint dagegen der Meinung zu sein, ein Schriftsteller habe das nachzuweisen, was andere schon vor ihm gesagt haben; jedenfalls dürfe er, wenn sein Werk „zur Besprechung geeignet“ sein soll, sein Wort gegen die herrschende Gesellschaft schreiben. Ob das pädagogisch richtig ist, braucht hier nicht untersucht zu werden, aber es ist die Meinung der Pädagogischen Jahresschau. Denn sie hielt es für nötig, in einer Rededenbemerkung dem Teubnerschen Verlag mitzuteilen, weshalb das Buch „ungeeignet“ ist. Es ist – sozialdemokratisch auch eine Renngegendung bürgerlicher Literatur.“

Der nationalliberale Kandidat für Pirna-Schnitz.

Die Nationalliberalen im 8. sächsischen Reichstagwahlkreis haben den Kandidaten Dr. Schneider für die nächste Reichstagwahl wieder als nationalliberalen Kandidaten aufgestellt.

Leider hat Schmid dieser abermaligen Kandidatur wohl auch ein Dr. Schneider nicht im Zweifel sein.

Blumen 1. V. Die große Talsperre zur Wasserbergsorgung unserer Stadt wird jetzt auch als Flusswasser nutzbar gemacht.

Der Rat hat beschlossen, die Fischerei im Betriebswohlfahrtsverband auf drei Jahre zu verpachten.

Reichenbach. Einen genialen Prüfungsmittel hat die biegsame Malerinnung an ihrem Meister Demirich. Bei der Lehrlingsprüfung am 26. März steht er eine Rede an die Junggesellen. Vor allen Dingen lädt die Hände von der Organisation! so beginnt er seine Weisheit. In der Rede warnt er vor dem Lesen politischer Lektüre und jedem Verleih mit Freiorganisten. Er empfahl den Abschluß an evangelische Junglingsvereine, dreimal lesen an jedem Tage und festhalten an den Worten Bismarcks: „Wir Deutsche fürchten Gott“ usw., dann kommt ihr am besten durch die Welt“, so schloß er seine Rede. — Wenn man glaubt, mit dieser Sorte „Jugendziehung“ die jungen Gesellen vor den Arbeiterorganisationen zurückhalten zu können, wird man sich sehr täuschen.

Meissen. Die Stadtoberen stimmen am 27. März einem Haushalt an, die heilige höhere Volksschule für Mädchen zu, die jetzt aus acht Klassen und einer Sekunde mit nur 20 Unterrichtsstunden besteht, von Oster 1914 an gehäuftig so auszubauen, daß das Ziel der höheren Mädchenschule im Sinne des Gesetzes vom 16. Juni 1910 erreicht wird. Die Kosten hierfür werden im ersten Jahre 2115 M., vom zweiten Jahre an 3115 M. betrügen. Dieser Beschuß dürfte nur eine Etappe zur höheren Mädchenschule sein. Die Aufzucht der Mädchen zu Realschule und Realgymnasium war seinerzeit abgelehnt worden und stand, erneut angeregt, auch diesmal keine Zustimmung.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Chemnitz am 27. März einem Ereignis sich ein furchtbare Brandstiftung. Die 29 Jahre alte Tochter des Bahnhofsbürokraten Kramer wollte das im Osten befindliche Heuer befreit zur Entwicklung bringen und nahm aus Versehen statt Petroleum Spiritus hinunter. Die Flamme, die die Frau in der Hand hielt, wurde von der Flamme erreicht, und der nach darin befindliche Spiritus kam zur Explosion. Das Feuer teilte sich der Kleidung der Frau mit, die einer Feuerläufer gleichend, auf den Hof, laut Hilfes rief, lief. Hilfesreiche Leute erschien mittels Kleidungsstückn des Feuer. Die am ganzen Körper schwer verbrannte Frau mußte sofort mittels Automobilis in das Krankenhaus St. Jakob nach Leipzig gebracht werden. — Die Arzte in der Poliklinik Brandrande bat in Warenstein i. Erzgeb. ein Opfer gefordert. Gestern nachmittag entließ sich durch Verbrennen in seinem Bett der Verbandsfabrikant Walther Salier. — Eine mächtige Steinwand sollte Freitag abend im Gräfenhain Steinbruch an der Herrenleite bei Pirna gefüllt werden. Es handelte sich um eine etwa 45 Meter hohe Wand, an der eine Anzahl Hölzern waren schon länger als Jahreszeit arbeitete. Die Arbeiten unter der Wand wurden nach vergeblichem Sprengen vor 14 Tagen wieder aufgenommen. 86 Sprengsäcke waren gelegt. Die Blädderläufer wurden um 1/2 Uhr, nachdem alle Sicherheitsmaßregeln getroffen waren, angezündet. Eine lange Pause entstand, in der sich die Arbeiter, die das Anzünden beobachtet hatten, in Deckung begaben. Dann tönte der erste Schuß. Die mächtige, etwa 8000 Kubimeter fassende Wand brachte, geschockt, niedrig, aber der mächtige Steinblock trat wieder den Angriffen, die Menschenhand auf ihn unternahm. Für den Besucher bedeutet das einen großen Schaden, da die bisherigen Arbeiten bereits fortwährend verschlungen. Man will nun beruhigen, von oben her mit Sprengsäcken die Fällung zu erzielen. — Einen Anschlag auf Frau und Kind hatte vermutlich der 43 Jahre alte böhmische Händlerbeiter W. Augustin Rott in Mittweida geplant, der am Donnerstag abend in einem Brandstift der Weberstraße einen Selbstmordversuch verübte. Frau Rott war von ihrem Mann leicht behandelt worden und lebte deshalb mit ihrem 7 Jahre alten Sohn von ihm gekennzeichnet. Am Donnerstag abend erstickte man Rott vor der zugehörigen Wohnung seiner Frau und begehrte Einlaß, der ihm aber verweigert wurde. Rott wurde dann von dem hingerufenen Medizinalrat Hering aufgefordert, das Haus zu verlassen. Als dies nicht geschah, ging Hering wieder die Treppe hinab, um die Polizei zu Hilfe zu holen. In diesem Augenblick schwerte Rott auf einen Schuß ab, der aber nicht traf. Dann erst legte Rott die Waffe auf sich an und schoß sich in den Kopf. Es erfolgte nunmehr die Eindorfung des Verlegten ins Stadtkrankenhaus. — Auf Langenbühl blieb wurde, wie bereits erwähnt, am Freitag ein unbekannter Mann in einem Teiche tot aufgefunden. Wie die Überprüfung ergeben haben, handelt es sich um einen seit Mittwoch vermissten Arbeiter Horn aus Nadeberg. Deshalb der in den vorangegangenen Jahren stehende Lebensmüde die Tat verübt, ist nicht bekannt geworden.

Stadt-Chronik.

Über die Schrebergartenbewegung

und ihre Bedeutung für den Mittel- und Arbeitervolk der Städte hält am Sonntag auf Einladung des Verbandes Dresdner Garten- und Schrebergärtner in Weinholds Sälen Herr Geschäftsrat Vielefeld (Bülow) einen Vortrag, der durch Bildbilder ergänzt wurde. Den Ausführungen des Referenten entnehmen wir folgendes: Zu den wichtigsten Aufgaben der Gegenwart gehört eine vernünftige Volkswirtschaftspflege. Um den Einzelnen zu einem nützlichen Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu machen, sei Gesundheit und geeignete Ausbildung zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Tätigkeit Voraussetzung. Die Wohnung sei ein wichtiger Faktor zur Errreichung dieses Ziels. Diese Überzeugung breite sich immer mehr aus, überall würden gemeinnützige Unternehmungen geschaffen, unterstützt von Staat und Gemeinden. Eine gute Wohnung lasse sich aber nicht überall erreichen und nicht für alle die durchführen, die eine solche nötig haben. Man müsse deshalb drücken, ob es nicht noch andere Mittel gibt, die Gesundheit und erfolgreiche wirtschaftliche Tätigung fördern. Da sei in erster Linie der Kleingarten zu nennen. Man fragt heute mit Recht über die Kleingartenerziehung, bedenke aber dabei nicht, daß der Kleingartenumfang nie so groß war wie gegenwärtig. (1) Nach Ansicht der Kergie feien viele Krankheiten auf dem übermäßigen Kleingarten zurück. (Das mag wohl für die wohlhabenderen Kleingärtner gelten, für die Arbeiter aber bei den für sie fast unerschwinglichen Kleingärten sicher nicht!) Dabei entstehen gerade die gelben Gemüse sehr viel blutbildende Bestandteile. Die einfache, nahebaue Blaugenloft würde durch die Tätigkeit im Garten wieder mehr ernst und praktisch durchgeführt werden.

Stegsch. (Gemeinderatsbericht.) Aus den Mitteilungen ist zu entnehmen, daß im Quellengebiet umfangreiche Arbeiten, die sich wegen Hinderniswachens von Burzelenden in die Höhen und Verhandlung der Schreie nötig machen, beendet sind. Der Leutnant a. D. Krüger und der Maurer Hermann Hahn sind in den sächsischen Staatsverband aufgenommen worden. Genosse Ludwig fragt dabei an, wie es komme, daß vor Eröffnung der Sitzung der Vorsitzende einen hiesigen Einwohner, der noch nicht sächsischer Staatsangehöriger sei, hinzuweisen habe, während er jetzt höre, der Leutnant a. D. Krüger sei auch noch nicht Sachse gewesen, ja nicht einmal Ortsangehöriger, als der Herr bei uns als Zuhörer anwesend gewesen sei. Der Vorsitzende verteidigt sich gegen diesen Vorwurf. Nach der Geschäftsausordnung habe er das Recht, Angehörigen anderer Gemeinden auf deren Ansuchen den Zutritt zu gestatten. Hätte er jedoch gewußt, daß der Herr a. D. nicht Sachse sei, so hätte er auch damals die Erlaubnis nicht erteilt. Darauf wird von einem sonst reaktionären bürgerlichen Vertreter angeregt, die Geschäftsausordnung dahingehend abzuändern, daß in Zukunft großjährigen Personen, gleichviel ob im Orte wohnen oder nicht, der Zutritt gestattet werde. Der Vorsitzende soll später nähergelesen werden. Bei den Beschlüssen des Bauausschusses über den Schleusenbau brachten die Ge- nossen Blaume und Schöne eine Reihe Ueberschläge zur Sprache. Anfänglich lasse die Behandlung der Arbeiter durch die Baudirektion viel zu lässig ab. Ausländische Arbeiter werden Stegscher Einwohner vorgezogen, und wenn solche eingesetzt sind, aus sehr wichtigen Gründen entlassen. Auch das Wohnzahlausgleichsamt entspreche nicht den berechtigten Wünschen der Arbeiter. So sehe auf den Wohnbeamten in der Regel die Angabe der Stimmenzahl. Auch die Maßregelung des Bauvereinigungsprojekts komme nicht damit begründet werden, daß diese während der Arbeitszeit agitiert habe. Da unsere Genossen ein paar derbe Ausdrücke gebraucht hatten, spricht man bürgerlicherweise die Entschieden. Der Vorsitzende schafft besser Verteidigung gar nicht wünschen. — Der Bau einer Unterflurkunststall auf der Vogelwiese wird Herrn Baumeister Lorenz für 554 M. übergeben. Der geplante Gruppenwesend drei Zuhörer.

Obergörbitz. Am Sonnabend nachmittag fand wiederum eine Versammlung der Gemeinderäte und Interessenten wegen der Straßenbahn angelegenheit statt. Osmolat im Reichsaal in Gegenwart des Amtshauptmanns Dr. Streit. Wie erinnerlich sein dürfte, war in der letzten Versprechung in Görlitz berichtet worden, daß Dresden nicht abgeneigt sei, die Straßenbahn bis Görlitz zu bauen, wenn die interessierten Gemeinden die Deckung der entstehenden Einnahmeausfälle übernehmen würden. Es wurden denn auch sofort von den meisten Teilnehmern an der Versprechung 15 860 M. gezeichnet. Diese Summe (es war wohl nachträglich noch etwas hinzugekommen) wollte man der Stadt zu diesem Zwecke anbieten. Nun erklärte am Sonnabend der Herr Amtshauptmann, daß die Stadt gar nicht daran denke, die Straßenbahn bis Görlitz zu bauen. Es komme als Endstation nur der Reichsbahnhof in Frage; das Görlitz sei jedoch eine genügende Rentabilität nicht zu erwarten. Damit stand laut Verhandlungsbeschlusse die in Görlitz vorgenommenen Zeichnungen hinfällig. Es ist aber auch noch nicht bestimmt, ob die Straßenbahn bis zum Reichsbahnhof gebaut wird; man hofft das nur, und der Amtshauptmann will sich um die Sache bemühen. Die Stadt sollen nunmehr 22 000 M. angeboten werden. Umgekehrt 6000 M. davon würden freiwillige Beiträge sein. Für die übrigbleibenden 16 000 M. würden die Gemeinden die Tilgung und die Vergütung übernehmen müssen. Über die Herstellung der Summe brauchen sich die Gemeinden nicht den Kopf zerbrechen, denn die Stadt wird ihnen ein in dieser Höhe stehendes Darlehen gewähren. Bis zum Bau der Straßenbahn wird es aber wohl noch gute Weile dauern.

Großeauwe. Heute Montag, abends 7½ Uhr, findet in der alten Kapelle öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Zentralbibliothek. Alle Genossen, die Bücher aus unserer Zentralbibliothek entliehen haben, werden erachtet, diese bis spätestens Sonntag den 6. April abzugeben. Vom 6. bis mit 13. April ist die Bibliothek geschlossen. Die Wiederansetzung erfolgt am 20. April. Wir hoffen, daß sich der Leserkreis immer mehr erweitert, da in letzter Zeit wieder neue Bücher angeschafft sind. Die Bibliothekskommission.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

In den Akten von Bautzen.

Wegen Vergebens gegen das Gesetz über die Sicherheit der Pauschalzulage hatte sich der Zimmermeister Friedrich Max Lohmeyer zu verantworten. Er hatte im Sommer 1912 in Cottbus gebaut und war nicht ganz aufgekommen. Er war hier mit sogenannten Geldgebern bekannt geworden und ließ sie nochmals verleihen, unter seinem Namen zu bauen, um womöglich die alten Schulden abzubauen. Weiterland in Bautzen, am Kronprinzenplatz, eine Doppelschulzustellung, die schon mit 46 000 M. belastet war. Der Gegebe wolle 90 000 M. Bargeld geben. Er ließ auf die Bauweise eine Eigentumszulage von 21 000 M. eintragen, dazu kamen noch einige 1000 M. andere Verpflichtungen, so daß die Baustelle im Handumdrehen mit 161 000 M. belastet war. Nach der Anklage hat sich L. gegen das Gesetz verzogen, indem er das Bargeld nicht mehr zur Verfügung der Bauherrn und Lieferanten gehabt und das vorherstehende Bauabschluß nicht ordnungsgemäß geführt haben soll. Er hältte aus, daß er viel stärker gewesen wäre, er hätte die Hände vom Bauen gelassen, denn als Zimmermeister wäre es ihm besser gegangen und er hätte das mehr verdient. Das Bargeld ist ihm so knapp angefallen, daß es kaum zum Beobachten der 2500 gebracht hätte. Für sich habe er pro Woche nur 50 M. berechnet, und sogar das sei ihm manchmal nicht ganz geblieben, davon habe er noch Trägergelde und dergleichen bezahlt müssen. Zum Fahren des Bauabschlusses sei ihm die nötige Zeit gar nicht geblieben, denn seine Hauptbefriedigung sei gewesen, Werkzeug zu dislozieren und zu prolongieren. Deswegen war er meist in der Angst und unterwegs. Das Gericht verurteilte L. zu 800 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde als Strafmildernd ausgeführt, daß L. ein Opfer anderer geworden sei.

Provinzialdirektor. Das Urteil der Provinzialdirektion wurde so recht durch folgende Verhandlung illustriert. Angeklagt wegen Urkundenfälschung und Betrug waren die Kaufleute Ernst Georg Lehne, Max Borchmann und Anton Edmund Haas. Alle drei waren im Juli vorlängig festgestellt und wurden von einem hiesigen Semper-Schmuck-Geschäft als Verteilern eingeklagt. Ihre Aufgabe bestand darin, von Haus zu gehen und Bestellungen auf Groschen und dergleichen Schmuckstücke mit Photographieverkleinerungen entgegenzunehmen. Bei diesem Zweck sollten sie sich von den Bestellern ein Bild einhändigten

und einen Prospekt unterschreiben lassen. Diese Probe oder Originalbilder wurden beim Oberreitenden oder im Geschäft abgegeben und für jedes Bild reiz-Vestellung erhalten sie eine Provision von 60 Pf. Alle drei waren damals völlig mittelloß und dachten z. B. nicht einmal Zukäufers. Das erhalten von Aufträgen war nicht so leicht, eben und klauen wollten sie aber. Sie gingen einzeln zu verschiedenen Photographen, stellten einen größeren Auftrag in Aussicht und erboten sich zur Ansicht einige Probebilder, die sie erst einmal zu Hause vorzeigen wollten. Diese Bitte wurde ihnen Bereitwilligst gewährt. So hat empfangene Probebilder für die Provinzialdirektion mit singulären Namen und lieferten sie dann als Vestellung ab. Ihre Provisionen dafür entgegennahmen. Selbstverständlich waren später bei Polizeiern der Vestellung die Adressaten nicht aufzufinden. Zu dieser Bitte hat Lc. die Firma um 7,20 M., B. um 10,80 M. und A. um 3 M. geschädigt. Die Angeklagten entwidrigten ihre Handlungswise mit der großen Vorsorge, in der sie sich alle drei beklagten. Da hat anderer noch eine Firma, bei der er eine Woche gewohnt, um das Projekt zu erwerben. Das Gericht verurteilte Lc. bei dem Abschluß in Frage kommt, zu 5 Monaten, B. zu 7 Wochen und A. zu 3 Wochen Gefängnis.

Wegen gleicher Straftaten, begangen bei derselben Firma, wurde in einer anderen Verhandlung der schon mehrfach wegen Betrugs bestrafte Provinzialdirektor Karl August Millesfeld zu 5 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Heizungswindeler.

Der 1889 in Böhmen geborene Maurer Joseph Strache arbeitete Anfang dieses Jahres in der hiesigen Legende mit einem Kollegen zusammen, der ihm von seinem „Verhältnis“ erzählte — einem Dienstmädchen, das viel für ihn bezahlt und ihm demnächst einen neuen Anzug schenken werde. Er denkt gar nicht daran, das Mädchen zu heiraten; wenn er den Anzug habe, lasse er sie „schwimmen“. Diese soll zwölfjährige Selbstgefälligkeit ausgeschauten. Viele lieben mich, um 3 M. geschädigt. Die Angeklagten entwidrigten ihre Handlungswise mit der großen Vorsorge, in der sie sich alle drei beklagten. Hätte er jedoch gewußt, daß der Herr a. D. nicht Sachse sei, so hätte er auch damals die Erlaubnis nicht erteilt. Darauf wird von einem sonst reaktionären bürgerlichen Vertreter angeregt, die Geschäftsausordnung dahingehend abzuändern, daß in Zukunft großjährige Personen, gleichviel ob im Orte wohnen oder nicht, der Zutritt gestattet werde. Der Vorsitzende soll später nähergelesen werden. Bei den Beschlüssen des Bauausschusses über den Schleusenbau brachten die Ge- nossen Blaume und Schöne eine Reihe Ueberschläge zur Sprache.

Anfänglich lasse die Behandlung der Arbeiter durch die Baudirektion viel zu lässig ab.

Ausländische Arbeiter werden Stegscher Einwohner vorgezogen, und wenn solche eingesetzt sind, aus sehr wichtigen Gründen entlassen.

Auch das Wohnzahlausgleichsamt entspreche nicht den berechtigten Wünschen der Arbeiter. So sehe auf den Wohnbeamten in der Regel die Angabe der Stimmenzahl.

Auch die Maßregelung des Bauvereinigungsprojekts komme nicht damit begründet werden, daß diese während der Arbeitszeit agitiert habe.

Da unsere Genossen ein paar derbe Ausdrücke gebraucht hatten, spricht man bürgerlicherweise die Entschieden.

Der Vorsitzende schafft besser Verteidigung gar nicht wünschen.

— Der Bau einer Unterflurkunststall auf der Vogelwiese wird Herrn Baumeister Lorenz für 554 M. übergeben.

Der geplante Gruppenwesend drei Zuhörer.

Die Geschäftsausordnung des Bauvereinigungsprojekts ist abgelehnt.

Die Geschäftsa

berfallen vertragsgemäß unter allen Umständen, wenn das Arbeitsverhältnis vor Beendigung der Saison gelöst wird. Nach den Mitteilungen der Gewerbeinspektion prüfen die Behörden diese Verträge daraufhin, ob und inwieweit sie mit den guten Sitten, dem Lohnabzugsgesetz und den § 15 ff. der Gewerbeordnung vereinbar sind. Daraufhin führt diese Untersuchung zur endlichen Aufhebung dieser Clauzei, die eine blutige Verhöhnung aller Arbeiterschutzgesetze bedeutet.

Vorales.

Vorales. Die Religion im Dienste der Schärmacher. „Als hierher bat uns Gott gebraucht!“ Mit diesem Gesang wurde am Sonnabend das Fest des 15-jährigen Bestehens der Dresdner Junningschule der Maler-Brüder-Verein eröffnet. Darauf folgten: Ansprache des Obermeisters Schärmacher, Singelgang, Verteilung der Ehrenpreise und Losziehung der auslernenden Lehrlinge, zum Schluss Gebet und Schlußgegang. Dieses religiöse Programm ist „so unangebracht als möglich, aufgerichtet in der Zeit der freien Aussperrung durch die Schärmacher des Malergewerbes.“ Glaubt etwa der Dresden Junningsvorsitz, besonders Gott dafür danken zu müssen, daß man glücklich eine, wenn auch gänzlich ungünstige Aussperrung zustande gebracht hat?

Tatsächlich gerade die Dresden Schärmacher sind, die auch in der Aussperrung eine führende Rolle spielen, so ganz beobachtet. Einmal Gedächtnislores, als mit derartigen religiösen Zeremonien eine Losziehung der jungen Leute „auszuschmücken“, ist nachhercede unbekannt. Oder darf man, daß man diese durch derartige Dinge von der Organisation zurückhaltet? Wenn tatsächlich nicht. Das Verhalten der Schärmacher im Arbeitgeberlager ist gerade dazu angezeigt, diesen jungen Leuten die Augen zu öffnen. Sie wissen, wo ihre wahren Freunde zu finden sind. Die Malermeister sollten lieber dafür sorgen, daß ihre Taten mit den Worten übereinstimmen. Mit einem „fröhlichen Augenaufschlag zum Himmel“ kommt man nicht über die Tatfrage hinweg, daß man in brutalster Weise die Geduldlosigkeit wochenlang auspferkt und die Leidenschaft größtenteils über die Beweggründe dieser Maßnahme täuscht, wie dies z. B. in einem Bericht an die Dresden Gewerkschaften, Architekten und andere Interessenten fürstlich geschieht. Verband der Maler, Lackierer, Anstricher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. (Hilfslate Dresden.)

Stellungnahme der Baubüroarbeiter zu den Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Am 28. März fand in den Räumen des einen stark besuchte Versammlung statt. Kollege Altmann referierte über das Thema: „Der Stand der Tarifverhandlungen im Baugewerbe und Stellungnahme zur Lohnfrage“. Redner gab ein Bild von den bisherigen Verhandlungen aus dem jeweiligen Stande der Vertragfrage, dabei schaft die Schreibereien des Dr. Schönemann in den von den Bauunternehmern herausgegebenen Mitteilungen kritisierend und widerlegend. Besonders der Röhne wies er auf die vorliegende Verneuerung der Lebendmittelpreise hin und verurteilte schärfer die Verweitung der Arbeitgeberseite von den Bauteilen, wenn diese bei Befürworten verhindert eingreifen wollen. Er schloß: Die Bauarbeiter würden abwarten, ob die Unternehmer auf Grund des nun geänderten Vertragsumfangs eintreten würden.

In der Debatte wurden besonders die Hegerien des Unternehmertümels zurückschlagen, daß die „Angestellten im Volkshaus“ nur die Arbeiter veranlassen, höheren Lohn zu fordern, daß sie selber zuvielen wären mit dem, was sie hätten. Es wurde in der Debatte verlangt, daß Vertragsmuiter alle abgleichen, doch sollte die Lohnkommission weiter verhandeln, um zu zeigen, daß es nicht an den Arbeitern liege, wenn keine Einigung zustande kommen sollte. Schärfer gemäßigt wurde, daß heute bereits von den Unternehmen eine fünftägige Aussperrung ausgeübt werde durch die Hinwendung der Arbeitnehmer. Man habe ja das aus ihren auf den Tagungen der Unternehmer durchblättern lassen. Dem Schreiber in dem Mitteilungsblatt der Unternehmer wurde angeraten, einmal zu sagen, ob er mit dem Lohn eines Bauarbeiters sein Leben trüben könnte und ob er sich die Behandlung gefallen lasse, die die Arbeiter oft von Polizisten und Unternehmern zu erdulden hätten. Als Lohnforderungen wurden dann einstimmig folgende gestellt: Auf das erste Vertragsjahr 1913 5% Lohnerhöhung, auf die weiteren je 2%. Die Forderung für das erste Vertragsjahr müsse also Ausgleich gesetzt werden für die im letzten Jahr so außergewöhnlich in die Höhe getriebenen Lebendmittel- und Wohnungskreise. Alle übrigen Verträge wurden der Lohnkommission zur weiteren Überarbeitung überlassen, darunter die Neugestaltung der Lohnbezüge. Zu der Lohnkommission wurden die Kollegen Müller, Soldler, Kleemann, Baum und der Kollege Thummel als Erstklassen gewählt.

Landesstagspräsident!

Nach längeren Verhandlungen mit der Organisation der Arbeitgeber über die Lohn- und Arbeitsbedingungen fanden keine nennenswerten Vereinbarungen heraustrahlend. Deshalb beschlossen die Gehilfen und Arbeiter am Sonntag den 31. März 1913, davon 11 Stimmen die Forderungen unterschiedlich anzunehmen. Zugang in fernabwarten. Die Streitkommission,

Inland.

Die Stolper Streibruch-Susare und das Generalkommando. Die Leitung der streitenden Transportarbeiter in Stolp in Pommern hat bei dem Generalkommando des 17. Armeekorps in Danzig Beschwerde geführt über die Verwendung von Quieten zu Streibrüchen. Darauf ist folgende Antwort eingegangen:

17. Armeekorps.

Generalkommando. Stolp, den 23. März 1913.
Kb. IIIa, Nr. 8464.

Auf Ihre telegraphische Eingabe vom 17. d. M. erhalten Sie nach Prüfung der Angelegenheit folgenden Bescheid: Nach Auffassung der Polizeiverwaltung in Stolp würde bei Nichtstellung von Ausbildungsfahrten eine erhebliche Störung des öffentlichen Geschäftsganges und Verkehrs mit Gütern eintreten und sind andere Ausbildungsfahrten als die Soldaten nicht verfügbar. Die Gestellung der Dolares entspricht somit den Bestimmungen, und das Generalkommando hat zu einem Eingreifen keine Veranlassung.

Bon seitens des Generalkommandos

Der Chef des Generalstabes

v. Wirsberg, Oberleutnant.

Dieser Bescheid, sagt der Kommandant, zeigt nette Verstülptheit bei jedem Streit. Danach teilt die Polizeiverwaltung nur mit, daß eine Störung des Verkehrs durch den Streit eintrete und das Militär macht dann unbehindert die ganze Streibrücke. Da schwere an das Kriegsmuseum gefunden ist, kann man darauf gespannt sein, wie sich dieses theater äußern wird.

Wie glaubwürdig aber so eine Mitteilung von Seiten der Polizei ist, das zeigen die in Stolp erscheinenden Blätter. In

diesen teilt die Polizei der Einwohnerschaft mit, daß sie betrunken Streitposten zur eigenen Sicherheit in polizeilichen Gewahrsam genommen habe. Diese Mitteilung, die in die gesamte hinterpommersche Presse übergegangen ist, entspricht nach meiner Auffassung den Tatsachen. Ein Arbeiter, der betrunken war, und auf dessen Verhaftung die Polizei hinsichtlich hätte, hatte mit Streitposten gar nichts zu tun. Natürlich sind solche Polizei sehr geeignet, die Streitposten in Pflichtredit zu bringen. Daher dies die Auffassung der Polizeibehörde ist, wollen wir nicht behaupten. Der Vorfall zeigt aber, was auf ihre Zustände in der Stolper Streibrückelegende geschah.

Und auf diese Zustände hin leistete die Stolper Husaren weiter Streitbrecherdienst!

Gernaut hat das Eingreifen der Streibruchsusare den Unternehmern nicht; denn die streitenden Arbeiter haben trotzdem einen wahren Sieg errungen.

Lohnbewegungen.

Der Streit der Erdöl-Arbeiter in Grabow (Mecklenburg) in der deutschen Erdölindustrie ist zugunsten der Arbeiter verloren.

Am Samstag in Pommern, in Oderberg (Mark) und in Liepe am Finowkanal befinden sich die Schiffszimmerer im Streit.

Ausland.

Aussperrung russischer Werstarbeiter. Hünstein und Werstarbeiter, die auf der Werft von Nikolajew in Peterburg in den Außenhand geholt werden, sind auf unbestimmte Zeit ausgesperrt worden.

Der große Falschspielerprozeß Stallmann u. Genossen.

Hg. Berlin, 29. März.

In der heutigen Sitzung, die wieder unter großem Andrang des Publikums stattfand, beantragte zunächst Herr Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I telegraphische Erklärung in Prozeß, daß dort ein Spieler namens König sich aufgezeichnet habe, der nicht mit Stallmann identisch sei, und daß dieser König mit dem bekannten Spieler Paul Niemann alias Graf de Nomi im Hause des Grafen Kroll verfehlt habe. Es wird dann die Erörterung des Falles v. Tippe fortgesetzt. Stallmann erklärt jetzt, daß auch Niemela an dem Spiel im Hotel Fürstenhof teilgenommen habe. Niemela kann sich dessen nicht erinnern. Der Vorsitzende hölt Stallmann entgegen, daß es eigentlichlich verkehrt ist, daß Tippe den Tippenkessel nicht mit seinem richtigen Namen unterschrieben habe, sondern mit „Herrn“. — Stallmann erwidert, daß er damals Tippe nur unter dem Namen „Herrn de Nomi“ gekannt habe. Angell, Cramer erläutert, daß er sich in dem Spiel mit Herrn v. Tippe vollkommen korrekt benommen habe. — Den Angeklagten Kramer weist die Anklage vor, Erpressungen gegenüber Herrn v. Tippe verübt zu haben mit Drohung einer Anzeige wegen Weinenda. Dieser Voormund stützt sich darauf, daß Lieutenant v. Tippe bei seiner eidiichen Bezeichnung vor dem Untersuchungsrichter die Teilnahme Niemelas beim Spiel abschütteln verhinderten habe. V. Tippe hatte an Niemela einen Brief geschickt, in dem er u. a. schreibt: „Ich habe Sie bei meiner eidiichen Aussage gefordert und kann überhaupt keinen, wenn das herauskommt.“ Angell, Cramer erläutert dazu, daß Lieutenant Niemela seinen Freund v. Tippe retten, aber sich nicht persönlich mit ihm habe in Verbindung setzen wollen. Daher habe er, Cramer, die Vermittlung übernommen, die lediglich im Interesse v. Tippe geschah. Er habe damit gerechnet, daß sich v. Tippe erkenntlich gezeigt würde. Es habe dann in London eine Zusammenkunft mit Herrn v. Tippe stattgefunden und er habe diesem offen gesagt, in welche großen Gefahr er schwiebe, der Vizeadmiral stiere vor der Türe. Es sei dann die Idee auf Niemela gekommen und er habe Herrn v. Tippe gesagt, daß Niemela nach Argentinien als Flieger gehen wolle, um sich eine neue Zukunft zu gründen, aber nicht die nötigen Mittel habe. Herr v. Tippe habe sich bereit erklärt Niemela zu finanzieren und an ihn 7000 Pfund zu zahlen. Da er sein plärriges Geld hatte, habe er, Cramer, v. Tippe an Heinrich Barfus in Berlin verriet. Der Vorstende bestätigt, daß Barfus durch seinen Agenten Tomarus Ermittlungen ange stellt habe und daß Tomarus dabei auch gefällig mit dem Adelsbeil von v. Tippe, Rechtsanwalt Hofstaat, in Verbindung gekommen sei. Dieser nimmt die Erledigung der Sache in die Hand und bot eine sofort zu zahlende Summe von 1000 Pfund. Das wurde aber von Cramer abgelehnt. Cramer erläutert, er habe Rechtsanwalt Moenckson mitgeteilt, daß Niemela bei ihm nicht mehr erschienen und er sich Geldpäpfer verboten. Er hätte aber Niemela dafür, daß v. Tippe einen Reinbold geleistet habe. Aus dem Vizeadmiral könne leicht ein Fall v. Tippe werden; die Sache sei für Tippe sehr ernst. Der Vorstende hölt dem Angeklagten vor, daß v. Tippe doch nicht anderes habe, als Lieutenant v. Tippe durch die Botschaft auf die B. ist seien. Es kommt dann ein Brief zur Verleierung, den Niemela an Lieutenant v. Tippe geworfen hat und in dem es heißt: „v. Tippe habe ihm allerdings einen Brief geschrieben, in dem er einen Reinbold geleistet habe. Ich habe diesen Brief nur Cramer zu lesen geben, den er mir einen Freund gehabt, der sich aber als der große Lump entpuppt habe. Von Erpressungen habe er nichts gewusst.“ Man habe sogar verucht, ihn einzuhämmern, indem man ihm ein Pult in die Nase setzte, um in den Brief der Botschaft zu kommen. Es ist dann weiter in dem Brief die Rede von größten Gemeindeleben, raffinierten Händen, Beamten und Schülern. Angell, Cramer erläutert hierzu, daß er Niemela für komplett verrückt hält, der ins Kreishaus gehörte zweitlos leide Niemela an Wahlverstülptheit. Er fragt Niemela nochmals, ob das wahr sei, was in dem Briefe steht, oder nicht. Angell, Niemela: Ich war damals schwer traurig und von Feinden Cramers umgeben. Auf Begegnung des Verteidigers Rechtsanwalts Julius Meyer I erklärt Niemela, er habe damals geglaubt, daß Cramer von Lieutenant v. Tippe und Rechtsanwalt Moenckson bestochen worden sei, um ins Kreishaus zu treten. Er hätte aber nicht mehr die Behauptung aufrecht, daß Cramer eine Erpressung beabsichtigt habe. Das wurde ihm damals nur von diesen Feinden gesagt. — Vorch: Wie kommt es aber, daß nächster ein englischer Rechtsanwalt und ein Herr Dubont aus Paris beim Regiment angezeigt haben, daß Herr v. Tippe einen Reinbold gesetzelt habe? — Angell, Cramer: Dafür habe ich keine Erklärung. — Angell, Niemela: Auch ich nicht. — Angell, Cramer: Niemela hätte ich nach seinem Brief für einen vollständig faulen Mann, ich bin sehr überzeugt, daß er total weichgeschlagen ist. (Dritterlei!) — Es wird dann in die Zeugendeklaration eingetreten. Es wird u. a. Hauptmann Wöhrlaus vernommen, der auf der Reise nach London die Befreiungshand des Spielers Pauli machte. In London wurde er dann auch durch Pauli mit dem Grafen Wolff-Metternich und Newton bekannt, der sich als englischer Offizier

vorstellte. Eines Tages sei ihm auch der Handlungsschluß Stallmann vorgelegt worden. — Vorch: Was Stallmann? — Heute: Nein, als Freiherr v. Körff-König. Dieser habe ihn zum Diner in das Royal-Palace-Hotel, das vornehmen Hotel Londons, eingeladen. Dort sei viel getrunken und auf dem Zimmer Stallmann auch Kaffee und Schnaps gereicht worden. Endlich seien Kartenspielen niedrig gewesen und er habe sich geniert auszugeben und darauf sich am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen einmal die Bank übernehmen möchte. Wir loten das auch. Es wurden dann die Einsätze erhöht, und der Vorfall zeigt sehr, daß er sehr gewonnen hat. Das Spiel sei sehr wichtig für die Leute. — Heute kann man natürlich nicht spielen wollen. Das Spiel sei sehr am Spiel beteiligt. Es wurde Rouge et noir gespielt. Man habe ihn erst gewonnen lassen. Die Leute kannten natürlich die Karten an ihrer Rückseite. Zuerst hielt Stallmann die Bank. Dann fragte er mich, ob ich mit Graf Metternich zusammen zusammen

Der grosse Quartals-Verkauf

Extra billige Angebote der Teppich- und Gardinen-Abteilung.

Gardinen

Englisch Tüll,	Meter 1.10,	82	32	pt.
Engl. Tüll, abgepolst.	Meter 2.50,	5.50	3.65	1.90
Axminster, jolide Qualitäten	7.90	10.75	12.75	17.50
Tapestry und Bouclé	10.50	13.50	14.75	23.00
Prima Velour-Plüsch	15.75	17.50	24.50	29.00

Künstler-Gardinen 7.80, 6.75, 4.85

Künstler-Tüllie, Meter 1.65, 58 pt.

Dekorationen

Madras-Garnituren	Stück 11.50, 9.50, 7.90,	5.75		
Filztuch- u. Plüscher-Portieren,	Stück 9.50, 6.90,	4.75	2.95	
Kochelleinen-Portieren,	Stück 11.50, 8.75, 6.90,	4.75		

Teppiche

	Größe ca. 185/200	ca. 185/235	ca. 200/300	ca. 250/350 cm	
Perserimit. „Mekka“	5.90	9.75	9.25	13.50	13.75
Axminster, jolide Qualitäten	7.90	10.75	12.75	17.50	19.00
Tapestry und Bouclé	10.50	13.50	14.75	23.00	22.50
Prima Velour-Plüsch	15.75	17.50	24.50	29.00	37.00

21.50

42.00, 52.00

52.00, 63.50

64.00, 72.50

Viträgen

Abgepolst., 2 Schafe, Meter 3.90,	2.85, 1.95, 1.75
Viträgenstoffe, Meter 82,	72, 58, 45
Viträgenkanten, Meter 95,	68, 45, 28
Scheibengardinen, St. 88,	52, 35

52, 35

62 pt.

72, 35

98 pt.

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

1.15

